

Die Sowjetunion hat kaum die ernsthafte Absicht, aus Syrien einen russischen Satelliten zu machen mit „Volksdemokratie“ und was sonst dazugehören mag. Für Rußland mag es vorerst wenigstens genügen, sich in Syrien eine Einflußsphäre zu schaffen, die auch von den Westmächten anerkannt werden muß, und Rußland ein Mitspracherecht in den Angelegenheiten des Nahen Ostens verschafft.

So weit die russische Seite. Aber es gibt immerhin auch eine syrische Seite, und dort sollte man meinen, sehen die Rechnungen etwas anders aus. Es gibt schätzungsweise 10 000 syrische Kommunisten (falls diese Zahl nicht sehr übertrieben ist) und eine nicht bekannte Anzahl linksradikaler Gruppen sowie die mit den Kommunisten zusammenarbeitenden Nationalsozialisten. Diese Gruppen sind alles in allem eine kleine Minderheit im Lande. Andererseits gibt es höchstwahrscheinlich keine Partei in Syrien, die auch nur annähernd 10 000 Mitglieder zählt. Die bürgerlichen Parteien bestehen aus wenigen einflußreichen Personen, die über eine große Anzahl von Klienten verfügen, auf die sie zählen können.

Als Parteien sind Kommunisten und Nationalsozialisten sicherlich stärker als die bürgerlichen Gruppen. Gelingt es den Kommunisten, sich der Schlüsselpositionen in Heer und Regierung zu bemächtigen, dann könnten sie — theoretisch — aus Syrien eine Volksrepublik machen, um so eher, als Syrien sich außenpolitisch in die Abhängigkeit Moskaus begeben hat. Die Geschichte der arabischen Völker beweist, daß es einigen energischen Männern selbst mit einer kleinen Anzahl von Anhängern immer wieder gelungen ist, sich der Herrschaft, wenn auch nur in bestimmten Gebieten, zu bemächtigen.

Die Weltanschauung der Herrschenden ist ziemlich gleichgültig, denn sie brauchen bloß zu herrschen, nicht zu bekehren. Solange die linksradikalen Gruppen in Syrien nicht an die Fundamente des Islams rühren, und das haben sie in keiner Weise nötig, und sich als nationale Araber ausgeben, könnten sie Syrien regieren, ohne auf wesentliche Widerstände in der Bevölkerung zu stoßen. Syrien würde dann kommunistisch werden, ohne daß allzu viele Worte über den Kommunismus fallen würden. So ist es auch zu verstehen, daß andere politische Gruppen und Persönlichkeiten nichts dabei finden, innen mit den Kommunisten und außen mit den Russen zusammenzuarbeiten. Der syrische Verteidigungsminister z. B., der die Verträge mit Moskau zustande brachte, ist ein Großgrundbesitzer, der sich offenbar nicht davor fürchtet, von den Kommunisten enteignet zu werden.

Dennoch finden es die arabischen Politiker, die die Annäherung an den Ostblock befürworten, immer wieder für nötig, zu beteuern, daß sie keine Kommunisten seien, und daß sie lediglich eine Politik der positiven Neutralität betreiben, die Unabhängigkeit der arabischen Staaten wünschen und diese eben mit der selbstlosen Hilfe der Sowjetunion verwirklichen wollen. Die Erkenntnis, aus eigenen Kräften und in wirklicher Unabhängigkeit nicht existieren zu können, ist bei den Arabern nun schon einige Jahrhunderte alt, auch wenn dauernd das Gegenteil behauptet wird. Diejenigen, die glauben, daß die Hilfe der Sowjetunion günstiger als die der westlichen Staaten sei, sind noch lange keine Kommunisten. Sie nehmen nur ein in ihren Augen günstiges Angebot an. Dabei spielen die

persönlichen Kalkulationen der Politiker selbstverständlich noch eine bestimmte Rolle.

Es kann aber auch der Fall eintreten, und das ist in Syrien geschehen, daß diese Rechnungen nicht aufgehen und die Kommunisten tatsächlich von der russischen Hilfe profitieren und zu einer Macht im Staate werden. Soweit die Massen des Volkes getäuscht werden müssen, können sie sich dann hinter jene stellen, die in etwa das Vertrauen des Volkes genießen und doch mit der Sowjetunion zusammenarbeiten.

Diese für den Westeuropäer höchst merkwürdigen Verhältnisse sind offenbar nur deshalb möglich, weil es in Syrien wie in allen arabischen Staaten so etwas wie eine Wahldemokratie in Wirklichkeit nicht gibt. Es regiert immer der, der es versteht, sich Einfluß und Macht zu verschaffen, und so ist es natürlich denkbar, daß eines Tages die Kommunisten, von einer starken Persönlichkeit repräsentiert, regieren, ohne wirklichen Rückhalt im Volk zu finden, da sie ihn gar nicht benötigen. Wann und ob überhaupt dieser Zustand in Syrien eintritt, ist nicht vorauszusehen. Sollten sich die bürgerlichen Gruppen als stark genug erweisen, dann wird die recht schwache syrische Regierung, die heute den Kommunisten Vorschub leistet, abtreten müssen, wie alle anderen Regierungen, die bisher in diesem Lande herrschten.

Die Geburtenkontrolle in der Welt

Im vergangenen Jahr erschien in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ (September 1956, S. 552—561) ein Diskussionsbeitrag, der die heute aktuellen Fragen „Zur Dynamik des Bevölkerungswachstums“ auf internationaler Ebene ungewöhnlich offen behandelte. Sein Verfasser, Gert von Eynern, Professor an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, spricht sich in diesem Artikel nachdrücklich für eine systematische Geburtenkontrolle in allen den Ländern aus, wo einerseits die Bevölkerungszunahme besonders groß ist, andererseits die wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht vorhanden sind, um der wachsenden Menschenzahl Brot und Arbeit zu geben. Sein Angriff richtet sich dabei gegen jene „zwar phantasiebegabten Techniker und naive Ökonomen“, die ausgerechnet haben, daß die Erde in hundert Jahren tatsächlich dreißig Milliarden Menschen ernähren und bekleiden könne. Derartige Spekulationen erschöpften in keiner Weise die Probleme, die mit der schwindelerregenden Vermehrung der Menschenzahl aufgeworfen seien, denn, so fährt er fort, „die Realität der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird entscheidend von den sozialen und politischen Spannungen bestimmt werden, die aus der Zunahme der Bevölkerung erwachsen“.

Von Eynern stellt für die heutige soziale Situation in der Welt, besonders in Asien und Südamerika, die gleichen Kennzeichen auf wie auch andere Demographen, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler (vgl. den Beitrag „Der Hunger in der Welt“; Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 488 ff.). Aber er glaubt nicht, wie die Optimisten unter ihnen, daß in absehbarer Zeit eine solche Erhöhung des Lebensstandards in den unterentwickelten Ländern möglich sein könnte, daß die Geburtenzahlen „automatisch“ fielen. Seine These lautet daher: Die Senkung der Geburtenrate ist die Voraussetzung zur Hebung des Lebensstandards.

Von Eynern versteht unter „Entspannung des demographischen Überdrucks“ durch Geburtenkontrolle „die Übertragung der europäischen Rationalisierung des generativen Verhaltens auf die übrigen Völker“. Diese Übertragung wird den westlichen Völkern zur Pflicht gemacht, „nachdem das Abendland den anderen Völkern durch die Fortschritte der Hygiene den Übergang von der ersten Phase der Bevölkerungswelle in die zweite eröffnet hat“ (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 492).

Gewiß, so schreibt von Eynern weiter, existieren in unserer Gesellschaft Vorstellungen, Geburtenkontrolle sei etwas Unnatürliches und Unmoralisches. Aber „man brauche solche Vorwürfe nicht ernst zu nehmen“. „Unnatürlich in diesem Sinne ist unsere ganze Zivilisation, ist das Hungerelend der asiatischen und afrikanischen Völker; und der Begriff der Moral ist relativ: er hängt von Tradition, Sitten und Gebräuchen ab. Für den Soziologen liegt nichts Zynisches in der Bemerkung eines amerikanischen Bevölkerungspolitikers: ‚Selbst wenn Geburtenkontrolle unmoralisch wäre: sie ist sozial notwendig, und deshalb müssen wir sie moralisch machen.‘“ Nach von Eynern wird Geburtenkontrolle von den östlichen Völkern auch nicht als unmoralisch empfunden. „Der Ruf des Alten Testaments: ‚Seid fruchtbar und mehret euch!‘ entspringt dem Wunsch, möglichst vielen Geschöpfen Gottes die Wahrheit zu verkünden und die Heilslehre unter Umständen sogar kämpferisch über die ganze Menschheit zu verbreiten. Aber heute ist keine Religion jung, und keine Religion und keine Kirche setzt der Geburtenkontrolle tiefer begründete Hindernisse in den Weg.“ Eine Ausnahme davon macht von Eynern nur gegenüber der Lehre — nicht Praxis — der katholischen Kirche.

Die Argumente der Malthusianer

Die Argumentation Gert von Eynerns in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ ist in mehrfacher Hinsicht typisch für die Mentalität des modernen westlichen Menschen. Wenn auch die unverblühte Sprache, die Rücksichtslosigkeit gegenüber einer immerhin auch heute noch beträchtlichen Anzahl religiös gebundener und damit das Leben achtender Menschen, die, wenn sie von Eynern lesen, sich hoffnungslos rückständig und „unsozial“ vorkommen sollen, nicht alltäglich ist, so finden sich doch in unserer sogenannten seriösen Tagespresse immer wieder Beiträge zu dieser Frage, die, vorsichtiger formuliert, ähnliche Überzeugungen vertreten oder andeuten (vgl. Hans Schuster: „Dämme gegen Menschenflut“ in „Süddeutsche Zeitung“, 4. 8. 56, Rino Sanders: „Raum für alle hat die Erde?“ in „Die Welt“, 29. 12. 56). Sie alle stehen mehr oder weniger in Abhängigkeit von der Lehre des anglikanischen Pastors und Nationalökonom Thomas Robert Malthus († 1834), die sich — in Bezug auf unser Thema — in drei Sätzen zusammenfassen läßt („An Essay on the principle of population“, 1798): 1. Die Größe der Bevölkerung wird notwendig durch die vorhandenen Unterhaltungsmittel begrenzt; 2. sie hat die ständige Neigung, sich über ihre Unterhaltungsmittel hinaus zu vermehren (die Bevölkerung schreitet in geometrischer, die Unterhaltungsmittel in arithmetischer Progression fort), es sei denn, sie wird daran gehindert; 3. Hindernisse für die Bevölkerungszunahme sind teils

nachträgliche: Laster, Elend, Krieg, Seuchen, oder vorbeugende im Sinne einer freiwilligen Geburtenkontrolle: spätes Heiraten, Enthaltung von Ehe und Kinderzeugung.

Die nationalökonomischen Lehren Malthus' sind längst überholt, weil durch die Praxis widerlegt; die Überlegungen, die ihnen vorausgingen, hingegen seltsamerweise nicht. Sie leben weiter bei den Verfechtern des modernen Neomalthusianismus, die die Spannungen zwischen Bevölkerungsüberdruck und Armut in ähnlicher Weise (wenn auch in der Praxis mit anderen, nicht immer sittlich einwandfreien Mitteln im Gegensatz zu Malthus) beheben wollen.

Martín Brugarola SJ hat (in „Razón y Fe“, Februar 1957, S. 123—138: „Pessimistas y optimistas ante el problema de la Población“) eine ganze Liste solcher prominenter Malthusianer zusammengestellt, die das einzige Heilmittel zur Überwindung der Spannungen zwischen Bevölkerung und Ernährung in der Geburtenkontrolle sehen. Die Gründe, die sie dafür anführen, sind selten so rein egoistisch wie bei William Vogt („Road to Survival“, New York 1948), der unter allen Umständen den Lebensstandard und die politische und wirtschaftliche Vorrangstellung der westlichen Länder gewahrt haben will — auf Kosten der unterentwickelten Länder — und daher empfiehlt, die Gelder des Marshallplanes nur solchen farbigen Völkern zu geben, die sich verpflichten, energische Anstrengungen zur Geburtenbeschränkung zu machen. Er hat auch verlangt, daß in den armen Gebieten Ostafrikas die Seuchenbekämpfung eingestellt werde, damit die Schlafkrankheit dafür Sorge, daß sich die eingeborene Bevölkerung nicht weiter vermehre (ref. nach Giselher Wirsing: Die Menschenlawine, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1956; vgl. auch Herder-Korrespondenz 3. Jhg., S. 516 ff.).

In der Mehrzahl überwiegen wohl jene Malthusianer, die neben der Sorge um die Erhaltung des westlichen Lebensstandards auch Verantwortung für die in Not lebenden Menschen Asiens und Afrikas empfinden. Sie führen zudem häufig wirtschaftliche, besonders agrarwirtschaftliche und -politische Argumente an, die auch ihre Gegner nicht einfach mit einer Handbewegung abtun können; so z. B. Fairfield Osborn (The Limits of the Earth, Boston 1953, Our plundered Planet, London 1948), der sehr nachdrücklich auf die Auswirkungen der Bodenerosion und des Raubbaues mit allen seinen Folgen hingewiesen hat. Ähnliche Gründe nennt auch N. Koestner (in „Neue Zürcher Zeitung“, 2. 9. 56): Der Boden der unterentwickelten Länder ist übermäßig beansprucht, entweder dadurch daß er durch Jahrtausende benutzt wurde, ohne daß ihm Ergänzungsstoffe zugeführt wurden (so in Libyen, Syrien, Irak, Spanien, Dalmatien, Süditalien — alles Gebiete alter Zivilisationen) oder durch Überbevölkerung (die fruchtbaren Ebenen des Nil, Ganges, Brahmaputra, Jangtse und Hoangho). Auch für diese Gebiete gilt, daß sie seit Jahrtausenden bebaut worden sind und daher dem Gesetz des abnehmenden Bodenertrages unterliegen. „Es ist das Gesetz, das zu den unterentwickelten Ländern geführt hat, denen heute westliche Experten aus relativ dünn besiedelten jungen Ländern Ratschläge geben, die, wenn sie befolgt würden, das dortige Elend nur noch steigern würden.“ Für Koestner, der den westlichen Wirtschaftsfachleuten eine ganze Reihe bitterer Wahrheiten zu sagen hat, besteht das Problem in

erster Linie im fehlenden billigen Land. Abzuhelfen sei dieser Not nur durch Beschränkung der Geburten. „Gewiß“, so sagt er, „hat sich der Malthusianismus, d. h. die These, wonach die Bevölkerung die Tendenz hat, rascher zu wachsen als die Produktion der Subsistenzmittel in gewissen Ländern während langer Generationen, als falsch erwiesen. Aber daraus abzuleiten, daß die These des Malthus universell ein Unsinn sei und daß die Menschheit die zum Lebensunterhalt notwendigen Güter auch dann noch produzieren könne, wenn ihre Zahl weiter ins Ungemessene steigt, wäre eine ganz andere Behauptung, die unter viel längerfristigen Perspektiven durchdiskutiert werden müßte.“

Die Argumente der Antimalthusianer

Wie reagieren die Gegner des Malthusianismus auf diese Argumente? Sie nehmen sie keineswegs leicht. Aber, so sagen sie, es müßte doch seltsam zugehen, wenn die Erde nicht ausreichend Nahrung für alle haben sollte (wobei die Christen unter ihnen davon überzeugt sind, daß auch eine reiche menschliche Fruchtbarkeit gottgewollt ist).

Loyd Boyd Orr (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 488 f.) glaubt, daß man die Nahrungsquellen der Erde derart steigern könne, daß sie für jede mögliche Bevölkerungszunahme ausreichen. Die beiden Brüder Myrdal, Colin Clark, Josue de Castro (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 133 f.), alle Experten westlicher Länder, aber auch der Inder M. C. Mayaadas sind der gleichen Ansicht, zumal man ja niemals voraussehen könne, welche Entdeckungen und Erfindungen auf diesem Felde noch gemacht werden. Wenn heute in vielen Gegenden der Erde Hunger herrscht, so faßt Brugarola ihre Überlegungen zusammen, so hat das Ursachen, die in der verkehrten Einstellung der Menschen liegen: 1. Während der langen Kolonialherrschaft wurde in den heute unterentwickelten Ländern ein Wirtschaftsimperialismus in merkantilistischem Stil gepflegt. Die Bildung von Großgrundbesitz hat die Entwicklung gesunder Agrarstrukturen verhindert, nicht nur unter Rücksicht auf eine sinnvolle Verteilung des Bodens, sondern vielleicht noch stärker durch eine fast ausschließliche Bevorzugung von Monokulturen; 2. die Preise allein regierten; nicht die Bedürfnisse der Menschen waren und sind ausschlaggebend, sondern die Stabilität der Preise. Nur einige Beispiele: Im Haushaltsjahr 1955/56 haben allein die Vereinigten Staaten eine Milliarde Dollar zur Subvention der Farmer vorgesehen, die sich bereit erklärten, auf die Bebauung von 10 Millionen ha amerikanischen Bodens zu verzichten, damit die Agrarpreise gehalten werden konnten (Brugarola). Zusätzlich investierte im Frühjahr 1956 die landwirtschaftliche Unterstützungsorganisation der USA, die Commodity Credit Corporation, 9 Milliarden Dollar, um die auf dem normalen Markt unverkäuflichen Ernten der amerikanischen Farmer aufzukaufen (Wirsing). 1953 hatte die amerikanische Regierung über ein Drittel der Weizenernte und ein Sechstel der Maisernte in ihre Lagerhäuser aufgenommen — alles um nur die Preise zu halten.

Die Verteilungsfrage ist heute nach wie vor nicht gelöst. Man hat ausgerechnet, daß die Abfälle an Nahrungsmitteln einer amerikanischen Großstadt von 100 000 Einwohnern ausreichen würden, um eine europäische Großstadt gleicher Größe zu ernähren, und daß deren

Abfälle wiederum ausreichen würden, um eine asiatische Stadt mit 100 000 Einwohnern nahrungsmäßig ausreichend zu versorgen (Brugarola).

Auch die Malthusianer bestreiten solche Fakten nicht. Auch für sie sind das Mißstände, die geändert werden können und müssen. Aber die Lage grundsätzlich dadurch ändern zu wollen, halten sie für eine Utopie.

Wieviele Menschen kann die Erde ernähren?

Sie werden freilich gerade in jüngster Zeit durch eine Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten über die Ernährungsmöglichkeiten der Erde — nur „wissenschaftliche Daten“ zählen in dieser Diskussion — in die Verteidigung gedrängt. Prof. Fritz Baade hat sie in seinem Bändchen „Welternährungswirtschaft“ (Rowohlt's Deutsche Enzyklopädie, Hamburg 1956) zusammengefaßt. (Eine knappe Wiedergabe der gleichen Ergebnisse bietet der vom Verlag Kröner veröffentlichte Rundfunkvortrag Baades „Wie werden wir uns ernähren?“ in: „Wie leben wir morgen?“, 1957). Das Material, das Baade (vor allem in den Rowohlt-Bändchen) vorlegt, muß als erstaunlich bezeichnet werden. Wir können die Daten im einzelnen nicht aufführen. Nur ein für unsere Frage aufschlußreiches Ergebnis soll genannt werden: Nach Baade reicht unter Zugrundelegung der heute bekannten agrarwissenschaftlichen Methoden die Ernährungskapazität der Erde für jede erdenkliche Zahl von Menschen aus. Er spricht von 650 Milliarden Menschen, eine Zahl, die er selbst utopisch nennt. Denn für Baade liegt die Begrenzung des Lebensraumes für die Bewohner der Erde nicht im Nahrungsraum, sondern im Wohnraum. Und da hat er errechnet, wenn man die Wohndichte des heutigen Groß-New-York zugrunde legt, daß auf unserer Erde unter den uns bekannten Voraussetzungen nicht mehr als 65 Milliarden Menschen leben können. Für Baade stellt sich das Problem zumindest in den westlichen Ländern ganz anders als für die Malthusianer. Nach ihm wird es in absehbarer Zeit, wenn die heute noch brachliegenden Reserven erschlossen sein werden, nicht an Nahrung, sondern an Menschen fehlen, die die auf halbsynthetischem und synthetischem Wege gewonnene Nahrung verzehren können.

Auch Gert von Eynern zeigt sich (in „Gewerkschaftliche Monatshefte“, April 1957, S. 239—242) von den Ausführungen Baades sehr beeindruckt. Aber er fragt — mit Recht —, wenn wir heute bereits über solche Möglichkeiten verfügen, warum leben dann auf der Erde fast zwei Milliarden unterernährte Menschen? Baade sagt, das sei nur eine Folge falscher Bewußtseinsbildung. „Die Menschen haben aus den unzähligen Jahrtausenden, in denen sie im Mangel lebten und um ihren Nahrungsraum kämpften, eine schreckliche Eigenschaft als Erbmasse mitbekommen; sie neigen dazu, eine überaltete und längst überwindbare Technik der Nahrungsproduktion für die allein mögliche und den dadurch gegebenen engen Nahrungsraum für schicksalsbedingt zu halten. Sie wehren sich mit ungewöhnlicher Zähigkeit gegen die Erkenntnis, daß sie diesen Nahrungsraum durch das Fortschreiten zu wirksamerer Technik auf ein Vielfaches ausweiten können.“ Baade kämpft gegen diese beschränkte Sicht. Freilich müßten noch andere Faktoren hinzukommen, wenn der „Fortschritt“ wirklich in allen Ländern triumphieren soll: die Bereitstellung des notwendigen Investitionskapitals auf internationaler Ebene, was einen

Abbau der Ost-West-Spannungen und damit der beiderseitigen Rüstungen voraussetze (eine Forderung, die auch Boyd Orr erhebt), und eine Grundhaltung aller am internationalen Wirtschaftsprozess Beteiligten, die Baade als selbstverständlich voraussetzt, „die große Erkenntnis . . ., daß Schenken nicht nur für den Beschenkten, sondern auch für den Schenkenden ein Gewinn sein kann, ein um so größerer Gewinn, je größer und langfristiger das Schenken geplant ist“. Mit dieser Forderung Baades wird das ganze Problem auf eine neue, höhere Ebene gestellt.

Entscheidend ist die ethische Grundeinstellung

Aus der hier angedeuteten Kontroverse zwischen Malthusianern (von Eynern) und wirtschaftlichen Progressisten (Baade) ist folgendes zu entnehmen: Es gibt zweifellos furchtbare Daten in der gegenwärtigen sozialen Situation der Welt, die von niemandem bestritten werden. Über die Frage, wie man mit ihnen fertig werden kann, gehen die Meinungen weit auseinander. Obgleich die wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen gegeben sind, daß alle Menschen ausreichend satt werden, zeigt die Praxis, daß diese Voraussetzungen allein nicht ausreichen, um die Zustände zu ändern. Die Zustandsänderung setzt vielmehr den Willen aller von diesen Zuständen unmittelbar und mittelbar Betroffenen voraus. Die Zustandsreform ist also an eine Gesinnungsreform gebunden. Im anderen Falle bleiben die Erkenntnisse der Wissenschaft und die Errungenschaften der Technik für das Wohl der Menschen wertlos.

Die anhaltende Debatte zwischen Malthusianern und Antimalthusianern zeigt aber auch, daß bis heute eine solche sittliche Grundentscheidung als eine gemeinsame Entscheidung wenigstens der westlichen Welt noch nicht getroffen worden ist. Daher rühren auch die Widersprüchlichkeiten innerhalb der verschiedenen westlichen Hilfsaktionen gegenüber den unterentwickelten Ländern. Alfred Sauvy kommt das Verdienst zu, die Diskrepanz innerhalb der Ideologien und Praktiken in der internationalen Sozialpolitik des Westens (besonders auf dem Gebiet der Geburtenkontrolle) herausgestellt zu haben (in „Biologie Social“, Bd. 2 von „Théorie Générale de la Population“, Paris 1954).

Was heißt „Geburtenkontrolle“?

Sauvy ist auch einer der ersten Wissenschaftler gewesen, der genau die verschiedenen Formen der Geburtenkontrolle behandelt hat.

Wenn man die Flut der Publikationen über diese Frage verfolgt, dann stellt man immer wieder fest, wie vage und allgemein besonders die Bemerkungen über die „Geburtenkontrolle“, „birth-control“, „family-planing“, gehalten sind. Man hat den Eindruck, daß die meisten Autoren die notwendigen Unterscheidungen geradezu ängstlich vermeiden, um nicht Stellung beziehen und Farbe bekennen zu müssen. Selbst einem so freien Verfechter seiner Sache wie Gert von Eynern haben die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ (April 1957, S. 241, Anm.) vorgeworfen, daß seine Äußerungen zu diesem Punkte in seinem ersten Aufsatz unklar waren.

Sauvy hat in einem Beitrag (in „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“, 11. 5. 56) festgestellt: Die Wissenschaft zögert, sich bei einem so delikaten Problem wie die Geburtenverhütung festzulegen. Die Diskussion läßt daher den Gefühlen und Leidenschaften freie Bahn. „Daß

die Verwirrung auf diesem Gebiete noch wächst, beruht darauf, daß es an den notwendigen Unterscheidungen fehlt. Es handelt sich . . . (einmal) darum, den Blickpunkt des Individuums von dem der Gesellschaft zu unterscheiden. Beide können einander gegenüberstehen“; zum anderen, wie Sauvy in „Biologie Social“ nachgewiesen hat, daß die demographische Situation und ihre Voraussetzungen bei den westlichen Völkern gänzlich verschieden von denen der unterentwickelten Länder sind. für beide gelten selbstverständlich die gleichen Prinzipien, wendet man aber diese an, so muß das zu verschiedenen Ergebnissen führen. Mit anderen Worten: Wenn die bevölkerungspolitischen Erfahrungen der westlichen Völker einfach auf die asiatischen Völker übertragen werden (wie das von Eynern fordert), dann muß das zwangsläufig zu katastrophalen Folgen führen.

Nach Sauvy können Geburten auf verschiedene Weise eingeschränkt werden: a) durch Ehebräuche (Polygamie, Heiratsalter), b) durch Enthaltbarkeit in der Ehe, c) durch zeitweilige Enthaltbarkeit nach der Methode Knaus-Ogino, d) durch empfängnisverhütende Mittel, e) durch Sterilisierung, f) durch Abort, Unterbrechung der Schwangerschaft. Es braucht nicht eigens betont zu werden, daß diese Formen auch für einen Nichtkatholiken von unterschiedlichem sittlichem Wert sind. — Die ersten drei Möglichkeiten einer Geburtenregulierung stehen fast nie zur Diskussion. Werden sie propagiert, so werden sie auch von nichtmalthusianischen Bevölkerungspolitikern mit dem Hinweis abgetan, sie reichten in der Praxis bei weitem nicht aus, um das Ziel der Geburtenverminderung zu erreichen. Daher könne man zumindest auf die Empfängnisverhütung nicht verzichten.

Wer ist dafür, und wer ist dagegen?

Es ist zunächst einmal bezeichnend, sagt Sauvy, daß die „Vorkämpfer für die Geburtenkontrolle um jeden Preis“ angelsächsischer Mentalität sind. Es sind „die Mehrheit der Amerikaner, Libertinisten, materialistischer Konservative“, ferner „von Natur aus pessimistisch oder egoistisch eingestellte Personen; Sozialdemokraten, Protestanten“. So heterogen die Gruppe ist: alle ihre Glieder sind vom klassischen Sicherheitskomplex besessen, und alle leben in ein wenig unklaren sittlichen Vorstellungen. Letzteres könnte man auch von der Gruppe der Gegner der Geburtenkontrolle sagen, die sich nach Sauvy zusammensetzt aus: Kommunisten, Katholiken, Idealisten aus wohlhabenden Klassen, Wissenschaftlern (hauptsächlich Physikern, die an den Fortschritt der Wissenschaft glauben) wie auch von Natur aus optimistisch und großzügig eingestellten Menschen. Auch diese Gruppe setzt sich aus sehr verschiedenen Gliedern zusammen. Mehr oder minder aber ist ihnen allen eines gemeinsam: sie denken nicht punktuell. Ihr Blick — jedenfalls der der meisten — ist auf die Zukunft gerichtet.

Erfahrungen mit der Geburtenkontrolle . . .

Ohne daß wir hier auf die von Sauvy dargelegten direkten Ursachen für die heute herrschende Unfruchtbarkeit in den westlichen Gesellschaften eingehen können, sollen hier zunächst einige Erfahrungen angeführt werden, die die Politiker der Geburtenverhütung in unterentwickelten Ländern gemacht haben.

Wenn auch Sauvy davon überzeugt ist, daß man bei allen Fragen der internationalen Sozial- und Wirtschaftspolitik

von der Tatsache der ständig zunehmenden Bevölkerungs- massen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ausgehen muß, vertritt er zunächst einmal die Position eines Malthusianers, doch mit einem Blick für die Wirklichkeit. Er sagt: man muß sich in bezug auf jedes Land, das für Geburtenbeschränkung in Frage kommt, drei Fragen vorlegen: Ist sie wünschenswert? — Ist sie möglich? — Soll man sie begünstigen und wie? Wenn auch die Antwort auf die erste Frage relativ leicht sei, so sind die beiden anderen um so schwerer zu beantworten.

„Wenn auf dem Gebiet der Geburtenverhütung so viele Irrtümer begangen worden sind, so deswegen, weil man die psychologische Seite nicht genügend beachtet hat.“ Jedes Ehepaar setze ohne besondere Willensanstrengung normalerweise mehrere Kinder in die Welt. „Soll dagegen die Anzahl der Kinder beschränkt werden, so erfordert das eine kontinuierliche Willensanstrengung; denn alle vorhandenen empfängnisverhütenden Mittel verlangen eine nicht nachlassende Aufmerksamkeit, oder sie setzen den sexuellen Genuß aufs Spiel.“ Solange also die Fähigkeit zu dieser Willensanstrengung fehle, werden die Verfechter der Geburtenkontrolle nur geringe Erfolge haben.

... in Puerto Rico

Als erstes Beispiel dafür nennt Sauvy Puerto Rico. Hier wurden 1952 mehrere Untersuchungen von der Universität Princeton durchgeführt, die die alten Erfahrungen bestätigten. In den Städten lag die Geburtenzahl niedriger als auf dem Lande, desgleichen hatten die evolvierten Schichten weniger Kinder als die armen. Innerhalb von 30 Jahren ist die Fruchtbarkeit um ein Drittel gefallen bei Frauen mit einer Schulbildung von acht Jahren und um 29% in den Familien, die monatlich mehr als 30 Dollar Miete zahlen. Von hundert befragten Personen sprachen sich fast die Hälfte für die Zwei-Kinder-Familie aus, ein Viertel für drei Kinder. Trotzdem steigt die Geburtenrate insgesamt unaufhörlich.

... in Indien

Wirsing berichtet ausführlich über die Versuche der indischen Regierung, einen Geburtenrückgang durch Heraufsetzen des Heiratsalters zu erreichen. Obgleich Kinderheiraten seit 1929 in Indien verboten sind, stellte sich bei der Volkszählung 1951 heraus, daß 6,1 Millionen indischer Mädchen zwischen 5 und 14 Jahren verheiratet waren; in dieser Altersgruppe gab es bereits 66 000 Witwer und 134 000 Witwen. 94% aller fünfzehnjährigen indischen Mädchen waren 1951 verheiratet, 80% von den Knaben. Da von den fünf Kindern, die in Indien durchschnittlich von jeder Frau geboren werden, vier von einer unter 20 Jahren alten Mutter stammen, will man jetzt das Heiratsalter auf 18 Jahre heraufsetzen — ein Plan, dem Wirsing wenig Chancen einräumt, weil die sittlichen und geistigen Voraussetzungen bei der Masse des indischen Volkes dafür einfach nicht gegeben seien. Sauvy berichtet über die Ergebnisse einiger Umfragen und Versuche in Indien, nach denen die als ideal empfundene Kinderzahl drei oder höchstens fünf beträgt. Frage man jedoch die einfache Bevölkerung: Wollen Sie die Zahl ihrer Kinder begrenzen, so wird die Frage gar nicht verstanden. „Es ist die Vorsehung, die die Kinder schickt.“ Sauvy erzählt, wie ein indischer Intellektueller auf die temperamentvolle Verteidigung der künstlichen

Geburtenkontrolle durch einen Amerikaner reagierte: „Es gibt Menschen, die in bitterer Armut leben. Die einzige Freude, die sie in vollen Zügen genießen, ist die sexuelle. Und die wollen Sie regeln, beschränken?“ Die indische Regierung hatte einen amerikanischen Spezialisten beauftragt, ein Experiment mit der Methode Knaus-Ogino an 1000 indischen Frauen, die sich dafür freiwillig meldeten, durchzuführen. Man empfahl ihnen, den Kalender sorgfältig zu beobachten. Sie hatten jedoch keinen. Daher gab man ihnen kleine Kinderrechenmaschinen. Man sagte ihnen, sie sollten jeden Tag eine Kugel von rechts nach links schieben. Wenn alle Kugeln auf der linken Seite seien, könnten sie sich ohne Sorge ein eheliches Beisammensein erlauben. „Da die Frauen eine Art Hexenkunst vermuteten, schoben einige von ihnen die Kugeln auf einmal nach links, worauf für sie die entgegengesetzte Folge eintraf.“

Aus diesen Beispielen folgert Sauvy: Ohne gewisse intellektuelle Voraussetzungen lassen sich auch nicht die sittlich einwandfreien Methoden der Geburtenregulierung durchführen und verbreiten. Andererseits ist auch bei vielen Farbigen der Wille vorhanden, sich nicht unbegrenzt zu vermehren, weil man sieht, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Pflichten einer verantwortungsvollen Aufzucht der Kinder nicht wahrgenommen werden können. Eine Absicht ist da, es fehlt jedoch an den geistigen und willensmäßigen Voraussetzungen. „Diese Beobachtung ist von fundamentaler Bedeutung.“

... in Japan

Das Beispiel Japans ist fast zu bekannt, als daß hier nochmals darauf eingegangen werden müßte (vgl. zuletzt Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 374). Sauvy hat auch in Japan die gleichen Erscheinungen wie in Puerto Rico und Indien festgestellt. Japan gilt heute als das Paradebeispiel der Malthusianer. Nach deren Ansicht liegen „unbestreitbare Erfolge“ vor, die auch von nichtmalthusianischen Wissenschaftlern (Baade) bedenkenlos als solche anerkannt und mit der kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Entwicklung des Landes begründet werden (als gültiger Beweis für das „Gesetz des Bevölkerungszyklus“). Welcher Art sind diese „Erfolge“? Über diese Frage liegt jetzt ein Sonderheft des „Missionary Bulletin“ des „Nationalen Katholischen Komitees von Japan und des Komitees für Apostolat“ vor (Juni 1957). Aus den Beiträgen, vor allem von W. Kaschmitter MM, geht hervor, daß weder Landwirtschaft noch Industrie, noch auch die Emigration unter der von den Amerikanern nach dem Krieg eingeschlagenen Politik in der Lage sind, das japanische Bevölkerungsproblem zu lösen (obwohl bei entsprechender Koordinierung aller Faktoren das durchaus möglich sei). Nein man versuchte nach 1945 mit der Bevölkerungsfrage auf dem Wege der Geburtenkontrolle fertig zu werden, und zwar der Geburtenkontrolle in der Form der Empfängnisverhütung. Sie schien ein „sittlicher Fortschritt“ gegenüber der japanischen Tradition der Abtreibung und des Kindermordes, die bis 1870 die japanische Bevölkerungszahl fast gleichbleibend auf 26 Millionen gehalten hatte. Das Ziel der amerikanischen Bevölkerungsspezialisten und der „eugenischen“ Industrie der USA, die Japan nach dem Inkrafttreten des Eugenischen Schutzgesetzes vom 28. 6. 1948 mit allen Mitteln der Propaganda und Reklame überfiel: Senkung der Kinderzahl durch die

„humanitäre“ Form der Empfängnisverhütung, wurde nicht erreicht. Die Abtreibungen, die bis 1948 gesetzlich verboten waren und durch das Gesetz vom 28. 6. in den Fällen gestattet wurden, in denen die Gesundheit der Mutter aus physischen oder wirtschaftlichen Gründen gefährdet ist, erreichte sofort ein beträchtliches Ausmaß und stieg seitdem laufend:

| | Geburten | Abtreibungen offiziell | Geburtenrate % |
|------|-----------|---------------------------|-------------------|
| 1947 | 2 678 792 | | 34.4 |
| 1948 | 2 681 624 | | 33.4 |
| 1949 | 2 696 638 | 246 104 | 33.2 |
| 1950 | 2 337 507 | 489 111 | 28.3 |
| 1951 | 2 157 000 | 636 524 | 26.5 |
| 1952 | 2 018 000 | 798 193 | 23.4 |
| 1953 | 1 880 000 | 1 000 000 | 21.8 |

1954 betrug die Zahl der Abtreibungen 1,143 Millionen. Für 1955 wurden folgende Zahlen bekanntgegeben: 1,170 Millionen legale Abtreibungen und ca. 1 Million illegale.

Irene B. Taeubner, Princeton-University (USA), hat in „Pacific Affairs“ (März 1956) diese Zahlen kommentiert. Sie hat festgestellt, daß z. B. 1954 auf 1000 Lebendgeburten 525 Abtreibungen bei Frauen zwischen 15 und 19 Jahren, 351 bei solchen zwischen 20 und 24 Jahren, 399 bei den 25- bis 29jährigen, 663 bei Frauen zwischen 30 und 34 Jahren kamen. Das bedeutet: Nicht allein die Mütter mit mehreren Kindern machten sich die Bestimmungen des Gesetzes zunutze, sondern auch die jungen Mädchen unter 20 Jahren, für die das Gesetz eigentlich gar nicht in Frage kommt. Hier wirkt sich aus, was Stanislas de Lestapis SJ als „Civilisation de contraception“ mit allen ihren Folgen beschrieben hat (in „Revue de L'Action Populaire“, Februar 1956, S. 165 ff.).

Im gleichen Zeitraum, in dem die Abtreibungen zunahmen, stiegen auch die Prozentsätze derer, die empfängnisverhütende Mittel gebrauchten. 1950 waren es 29%, 1952 40%, 1955 52%. Trotz größter Propaganda für die empfängnisverhütenden Mittel ist aber die Zahl der Aborte größer als die Praxis der Empfängnisverhütung, was sich auch an den finanziellen Aufwendungen des japanischen Staates ablesen läßt. Die Subventionssumme für die Verbreitung der Empfängnisverhütung betrug zuletzt jährlich ca. 4 Millionen DM, für die Abtreibungen hingegen mußten jährlich 200 Millionen DM von staatlicher Seite aufgebracht werden — „horrende Zahlen“, wie Okazaki in „Missionary Bulletin“ bemerkt, die, abgesehen von moralischen Erwägungen, auch schon bloß materiell in keinem Verhältnis zu den angestrebten und erreichten Zielen stehen. Sauvy folgert aus dem statistischen Material: „Fügt man der Zahl von 1,7 Millionen Geburten die von 1,2 (2,2) Millionen Fehlgeburten hinzu, so erhält man die gleiche Empfängniszahl, vielleicht sogar eine höhere als vor dem Kriege, als der Eingriff verboten war. Das beweist, daß die Methoden der Verhütung trotz aller Propaganda wenig Erfolg gehabt haben.“

Tatsächlich verhält es sich nach Irene Taeuber so, daß alle Erfolge der Kampagne sich auf die Bevölkerungskreise beschränken, die dem Kind an sich ablehnend gegenüberstehen. Daß die Abtreibung entgegen dem Wunsch der Bevölkerungsmanager immer noch dominiert, ja steigt, hängt damit zusammen, daß die Japaner die

„westliche Unterscheidung“, nach der Abtreibung sittlich verwerflich, Verhütungsmittel hingegen sittlich einwandfrei sein sollen, einfach nicht begreifen können. Da die Abtreibung nur einen einmaligen Eingriff darstellt, die Verhütung aber ständige Willensanstrengung voraussetzt, bleibt man bei der Abtreibung. Mehr als 45% der Japaner lehnen die Methoden der Verhütung ab.

Wo der „westliche Fortschritt“ eingezogen ist, bedient man sich, wie die Zahlen oben erkennen lassen, auch der Verhütungspraktiken. Ist man von ihnen enttäuscht, treibt man wieder ab. Ist man von beiden Methoden enttäuscht, läßt man sich sterilisieren. Die Zahl der japanischen Frauen, die sich sterilisieren lassen, steigt laufend. Die Taeubnersche Analyse der japanischen Verhältnisse belegt die These Sauvys, die er wie folgt formuliert hat: Wenn es gelingen sollte, eine „Pille“ zu erfinden, deren Gebrauch eine zeitweilige Unfruchtbarkeit der Frau ohne gesundheitliche Schäden garantiert (an einer solchen, so versichert Sauvy, wird in den USA und auch „vielleicht“ in Deutschland ernsthaft gearbeitet), dann würde dieser „Fortschritt der Wissenschaft“ nicht die erreichen, für die er eigentlich gedacht ist, die kinderreichen Familien; denn die sind fast immer gegen Propaganda dieser Art immun. Sauvy ist davon überzeugt, daß die Erfindung der „vollkommenen Pille“ die Zahl der Geburten nicht in den unterentwickelten Ländern, sondern in Europa derart absinken ließe, daß die Existenz dieser Länder schwerstens bedroht würde.

Auch Marx kann nicht mehr helfen

Die europäisch-westlichen Länder — haben sie den Völkern Asiens und Afrikas überhaupt etwas anderes zu bieten als das allzu einfache, verderbliche Rezept der Empfängnisverhütung? Sauvy bestreitet es, wenn er auch nicht bezweifelt, daß es verantwortungsbewußte Politiker gibt, die eine echte Lösung anstreben. Aber ihre Zahl sei zu gering. Aus diesem Grunde glaubte er auch lange Zeit, daß die kommunistische Welt im Kampf um die „neutralen“ unterentwickelten Länder günstigere Chancen hätte als der Westen, da sie bedingungslos populationistisch eingestellt sei („Economie et Populations“, Paris 1952; vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 323 ff.). Sauvy vertritt heute diese Ansicht nicht mehr unbedingt. Zuviel ist in den letzten Jahren geschehen, was ihr entgegensteht.

Gewiß halten die Sowjetkommunisten in der Theorie daran fest, daß ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsform es ihnen im Gegensatz zum Kapitalismus gestatte, in jedem Falle Populationisten und damit Antimalthusianer zu sein. Für Marx entsteht ein Problem der Übervölkerung nur durch die kapitalistische Lehre und Praxis vom Privateigentum. Eine sozialistische Gesellschaft, die das Privateigentum abgeschafft habe, kenne niemals die Schwierigkeiten einer kapitalistischen, weil der Sozialismus in erster Linie „ein gerechter Verteiler“ ist. Stanislas de Lestapis SJ hat gezeigt (in „Revue de L'Action Populaire“, Juli 1957, S. 773—794: „Planification des naissances et morales sociales“), wie es um die Verwirklichung der marxistischen Doktrin heute bestellt ist.

Zunächst besteht kein Zweifel, daß der Kommunist, wenn er in nichtkommunistischen Gesellschaften lebt, genauso Malthusianer, also Anhänger zumindest der Empfängnisverhütung, ist wie der Nichtkommunist. Marxens Dogma hat keinen Einfluß auf seine Ehepraxis. Das gleiche gilt

auch für die Kommunisten in totalitären Staaten, besonders in den Satellitenländern, aber auch für die Sowjetunion selbst, wie die Entwicklung seit dem Ersten Weltkrieg beweist.

Es besteht also zwischen Theorie und Praxis auch in der sowjetischen Welt allzuoft ein Unterschied. Lestapis sagt, daß im gleichen Augenblick, als nach 1945 das Problem der unterentwickelten Länder der Weltöffentlichkeit sichtbar wurde, die UdSSR sich immer zum Anwalt der farbigen Völker und ihrer Grundrechte auf Nachkommenschaft gemacht habe — gegen die von den westlichen Ländern proklamierte Politik der Geburtenverhütung. „Die UdSSR hatte dabei bis jetzt ein leichtes Spiel... Denn sie verfügt über ungeheure unterbevölkerte Räume, einen gewaltigen natürlichen Reichtum und vor allem über die Methoden eines Staatstotalitarismus, der von der Bevölkerung... übermenschliche Anstrengungen zur Schaffung von auf lange Zeit hin unrentablen Produktionsmitteln fordert.“ Gerade ein Vergleich zwischen den Wachstumsraten der Grundstoff- und der Konsumgüterindustrie ist nach Lestapis ein Beweis dafür, daß die sowjetischen Führer an einer raschen Bevölkerungszunahme — entgegen ihren öffentlichen Verlautbarungen — gar nicht interessiert sind: sie würde nämlich nur die Fünf- oder Sechsjahrespläne, in denen noch immer die Schwerindustrie absolut vorrangig ist, durcheinanderbringen. Würde die Bevölkerung der UdSSR jährlich auch nur ein Prozent zunehmen, das sind 20 Geburten auf 1000 — eine Rate, die unter der der USA liegt —, dann bedeutete das eine wesentliche Erhöhung der gegenwärtigen Investitionsquote rein demographischer Natur (für Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen usw.), die 4—7% des Nationaleinkommens ausmachte, ohne daß damit irgendeine Verbesserung des persönlichen Lebensstandards verbunden wäre. Daß eine solche Politik nicht im Interesse der heutigen Sowjetführer liegt, beweisen drei Tatsachen: 1. die Wiedereinführung der gesetzlich zulässigen Abtreibung in der UdSSR im April 1956; 2. ein laufender Fünfjahresplan der Akademie für Medizin, der ein Programm zur Herstellung und Verbreitung empfängnisverhütender Mittel vorsieht; 3. die Tatsache, daß alle westlichen Demographen sich in der Frage der Bevölkerungsentwicklung in der UdSSR nach 1945 getäuscht haben. Auf Grund inoffizieller russischer Angaben schätzten sie die Bevölkerungszahl Rußlands noch zu Anfang dieses Jahres auf 216 Millionen. Das amtliche demographische Jahrbuch der UdSSR, das im Mai dieses Jahres nach mehr als 20jähriger Unterbrechung zum ersten Mal wieder erschien, nennt dagegen die Zahl von 200 Millionen.

Daß Marxens antimalthusianische Lehre in den Ländern des Ostblocks auch offiziell nicht mehr unbedingt gültig ist, wurde jedoch der westlichen Welt erst durch die Entwicklung in Rotchina klar.

Am 18. September 1954, so berichtet Lestapis, der das schwer zugängliche chinesische Material sorgfältig zusammengestellt hat, wurde zum ersten Mal vor dem Nationalen Volkskongreß das dornige Problem des Bevölkerungswachstums und die Notwendigkeit einer Geburtenkontrolle behandelt. Das Thema wurde dann von den kommunistischen Jugendzeitschriften aufgegriffen und propagiert; praktische Anweisungen über die verschiedenen Techniken der Empfängnisverhütung wurden gegeben, die gesetz-

lichen Bestimmungen für Abtreibung und Sterilisation erweitert. Im August 1956 eröffnete der Minister für Gesundheitswesen eine groß angelegte Kampagne für „birth-control“. Ja die Vertreter Rotchinas nahmen sogar im gleichen Jahr an einem Kongreß der Malthusianer, der von den Amerikanern unterstützt wurde, in Tokio teil. Das alles zeigt, daß heute auch der ideologisch untermauerte Populismus der Diktatoren, daß Marx keine Hilfe mehr für die auf ihr Recht auf Nachkommenschaft pochenden Völker Asiens und Afrikas ist.

Eine Auswirkung der marxistischen Kehrtwendung soll nur angedeutet werden. In Italien und Frankreich bestehen bis heute strenge Verbote für jegliche Propaganda für Empfängnisverhütung; in Frankreich seit 1920. Seit einem Jahr werden hier die Stimmen gegen das Verbot immer lauter. (P. de Lestapis hat sich mit ihnen in der „Revue de L'Action Populaire“, Februar 1956, auseinandergesetzt.) Warum? Sauvy sagt: weil das Anwachsen der Geburtenzahlen die Angst davor zerstreut hat, die Franzosen seien ein absterbendes Volk, dann aber auch wegen der Kehrtwendung Chinas. „Bis jetzt nahmen die Katholiken und Kommunisten genau den gleichen Standpunkt ein. Eben deswegen konnte bisher keine Majorität das prohibitive Gesetz umwerfen oder ändern. Aber der Stellungswechsel Chinas erlaubt, eine Milderung der marxistischen Haltung zu erwarten. Sollten die 145 kommunistischen Abgeordneten Anhänger des Malthus werden, so wird das Gesetz zweifellos aufgehoben. Auch in Italien ist eine Änderung möglich... Es ist eigenartig, sich vorzustellen, daß die mühsam erworbene Regeneration (Frankreichs) nun plötzlich wieder unterbrochen werden kann wegen der Haltung eines überbevölkerten oder mindestens immer geburtenstarken Landes wie China.“

Die Katholiken und die Geburtenverhütung

Im Kampf gegen den Malthusianismus steht heute die katholische Kirche allein. Sie kann sich mit keiner anderen Institution in diesem Kampf verbünden, auch nicht mit den meisten anderen christlichen Konfessionen. (Deren Stellungnahme zur Frage der Geburtenkontrolle hat P. de Lestapis in „Revue de L'Action Populaire“, Juli 1957, S. 781—785 zusammengestellt.) Die Lehre der Kirche ist bekannt. Von grundsätzlichen Verlautbarungen des Heiligen Vaters zu dieser Frage in jüngster Zeit verweisen wir auf seine Ansprache über die Genetik (7. 9. 53; vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 74—77), an den 26. Kongreß für Urologie (8. 10. 53), an den 2. Weltkongreß für Fruchtbarkeit und Sterilität (9. 6. 56; vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 462—465) und an die diesjährige 44. Soziale Woche in Frankreich. In dem bedeutsamen Brief an die 26. Soziale Woche Italiens in Palermo (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 57) hat Pius XII. die Lösung des internationalen Bevölkerungsproblems durch eine neu zu verwirklichende Solidarität der Völker, besonders in der Wirtschaft, beschrieben.

Daß „die Kirche Teilnahme und Verständnis für die wirklichen Schwierigkeiten des Ehelebens in unserer Zeit fühlt“ (Pius XII.), beweisen die beiden Ansprachen, die der Papst, am 29. 10. 51 an die italienischen Hebammen (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 112—119) und am 28. 11. 51 an den Verband der kinderreichen Familien Italiens (vgl. Herder-Korrespondenz 6., Jhg., S. 170 bis

172), gehalten hat. Professor Hermann Knaus hat (in „Wissenschaft und Weltbild“, März 1957, S. 15—20) die beiden Ansprachen dahin interpretiert, es bestehe kein Zweifel mehr darüber, „daß nach den großen Erfolgen in der Erhaltung und Verlängerung des menschlichen Lebens eine von den individuellen Voraussetzungen abhängige Geburtenregelung unvermeidbar geworden und daher nur noch die Frage zu erörtern übriggeblieben ist, auf welche Weise die Vermehrung der Menschen in einer von der Natur gewollten Ordnung gehalten werden kann“.

Das ist auch die Frage, die die drei amerikanischen Demographen Frank Lorimer, Jean Bourgeois-Pichat und Dudley Kirk (in „Social Compass“ Vol. 4 Nr. 5—6, S. 201 bis 212) aufgeworfen haben. In ihrer Untersuchung „An inquiry concerning some ethical principles relating to human reproduction“ gehen die Verfasser von der Überzeugung aus, daß eine Zusammenarbeit aller Menschen guten Willens zur Bewältigung der durch die ständig steigende Bevölkerungsprogression hervorgerufenen Probleme notwendig ist. Diese Zusammenarbeit sei ohne ein Minimum an gemeinsamen Grundüberzeugungen nicht möglich. Als Nichtkatholiken, die davon durchdrungen sind, daß die wesentlichen Grundsätze der katholischen Kirche über Ehe und Familie in diesem Programm der Grundüberzeugungen aufgenommen werden müßten, stellen sie jedoch einige Fragen an die katholische Kirche:

Müßte unter Umständen die von der Kirche für ihre Gläubigen ausgesprochene Dispens von der ehelichen Fruchtbarkeit nicht nur als Privileg, sondern angesichts der demographischen Schwierigkeiten in den unterentwickelten Ländern u. U. auch als eine Pflicht betrachtet werden? Wäre es nicht wünschenswert, wenn die persönliche Verantwortung katholischer Ehegatten in dieser Hinsicht auf Grund deutlicher Einsichten in die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse ihrer Kinder gesteigert würde? Müßte die katholische Erziehung nicht noch positiver als bisher den Nachdruck auf die moralischen Motive und die persönliche Verantwortung bei der Einschränkung der ehelichen Fruchtbarkeit nach der Methode Knaus-Ogino legen?

Von diesen Fragen abgesehen, die es verdienen, von den katholischen Moraltheologen überlegt zu werden, besteht auch für die drei amerikanischen Demographen kein Zweifel darüber, daß die katholische Kirche im Bereich von Ehe und Familie über eine eindeutige und konstruktive Lehre verfügt. Wie steht es nun mit der Praxis der Katholiken in dieser Frage?

Spezielle Untersuchungen darüber sind sehr spärlich. Weder die umfänglichen englischen Arbeiten der Royal Commission on Population (Reports by the Royal Commission on Population, Her Majesty's Stationery Office, London, ab 1949) noch die neue Denkschrift des Bundesministeriums für Familienfragen (vgl. ds. Heft S. 3) machen detaillierte Angaben über den Anteil der Katholiken ihrer Länder an der Empfängnisverhütung und Abtreibung. In diesem Zusammenhang sind jedoch folgende Sätze der deutschen Denkschrift aufschlußreich: „Vom Geburtenrückgang sind alle Bevölkerungsgruppen annähernd gleichmäßig erfaßt worden. Insbesondere ist es nicht mehr zutreffend, daß etwa das Land oder die katholische Bevölkerung oder die unteren Einkommens-

schichten an der gekennzeichneten Entwicklung nicht oder in wesentlich geringerem Ausmaß beteiligt seien.“ Und ferner: „Eine Betrachtung der konfessionellen Gruppen der Bevölkerung ergibt, daß die 1940 geschlossenen katholischen Ehen 1950, also nach zehn Jahren, in etwa die gleiche Kinderzahl hatten wie die protestantischen Ehen gleicher Dauer.“

Aus diesen Angaben ist noch nicht schlüssig zu folgern, daß die Katholiken im gleichen Ausmaß wie andere konfessionelle Gruppen an der erschreckenden Entwicklung der Empfängnisverhütung und Abtreibung in der Bundesrepublik beteiligt sind. Jedoch liegt für diese Annahme ebenfalls kein Beweis vor. Die Denkschrift sagt nur, daß „immer breiter werdende Kreise eine umfassende Kenntnis von Verhütungs- und Abtreibungsmethoden erhalten“. So sei nach Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes die Produktion der Gummischutzmittel von 44 Millionen im Jahre 1950 auf 88 Millionen im Jahre 1955 gestiegen. (Über die Verbreitung der chemischen Verhütungsmittel liegen bislang keine Zahlenangaben vor.) Eine „viel schwerer wiegende“ Bedeutung komme jedoch dem Ansteigen der Fehlgeburten und Abtreibungen zu. Es bestehe heute „übereinstimmend in medizinisch-wissenschaftlichen Kreisen die Überzeugung, daß nur ca. 10 bis 15% aller Fehlgeburten spontan, d. h. ungewollt sind, während es sich bei dem Rest von 85 bis 90% um künstliche Aborte handelt, diese werden überdies zum weitaus größten Teil von nichtärztlicher Hand eingeleitet und haben deswegen um so häufiger schwere Schäden für die Gesundheit der Frau zur Folge“. Die Denkschrift kann nur für *einen* westdeutschen Regierungsbezirk aus dem Jahre 1948/49 „relativ zuverlässige“ Zahlen nennen. Danach kamen auf 100 Schwangerschaften 1936 10,9, 1949 hingegen 22,1 Fehlgeburten. „Die Untersuchung der Zahlen ergibt, daß gegenüber dem Vorkriegsstand die ehelichen Fehlgeburten um ca. 50% angestiegen sind, während sich die unehelichen Fehlgeburten versechsfacht haben.“

Wie gesagt, läßt sich aus diesen Angaben noch nicht unbedingt sicher auf eine entsprechende Zunahme der Praxis der Geburtenverhütung bei den deutschen Katholiken schließen. Wie groß jedoch der Umbruch im Denken und in der Praxis der Katholiken in diesen Fragen ist, zeigen die Ergebnisse der Untersuchung von Ludwig von Friedeburg („Die Umfrage in der Intimsphäre“, Ferdinand Enke, Stuttgart 1953, 95 S.). Es handelt sich um eine Repräsentativerhebung in der Bundesrepublik, die auch das Verhältnis von „kirchlicher Bindung und sexuellem Verhalten“ (bzw. Einstellung und Wertung) behandelt. Von den 1010 Befragten waren 444 Katholiken, 495 evangelische Christen und 71 „Sonstige oder Konfessionslose“.

Auf die Frage: „Sind sie überhaupt für oder gegen Empfängnisverhütung?“ antworten

| | Konfessionszugehörigkeit | | | |
|---------------|--------------------------|-----------------|-------------------|---------------|
| | Gesamt % | Katholiken % | Evangelische % | Sonstige % |
| Dafür | 69 | 59 | 72 | 74 |
| Dagegen | 16 | 23 | 11 | 11 |
| Unentschieden | 17 | 18 | 17 | 15 |

Die Antworten, nach dem „Kirchenbesuch“ aufgeteilt:

Kirchenbesuch

| | Regelmäßig u. unregelm. | | Selten und nie | |
|---------------|-------------------------|-------------|----------------|-------------|
| | katholisch | evangelisch | katholisch | evangelisch |
| | N = 303 | N = 154 | N = 141 | N = 336 |
| | % | % | % | % |
| Dafür | 49 | 59 | 82 | 78 |
| Dagegen | 30 | 19 | 7 | 7 |
| Unentschieden | 21 | 22 | 11 | 15 |

Von Friedeburg kommentiert dieses Ergebnis (im Zusammenhang mit Verhalten und Einstellung der Befragten zu ähnlichen Fragen, wie außereheliche Beziehungen, Scheidung usw.) zunächst wie folgt: „Keine aller nur möglichen Zerlegungen der Ergebnisse verrät eine so einheitliche in fast allen Fällen durchschlagende Tendenz wie die nach der Regelmäßigkeit des Kirchenbesuches.“ Die große Bedeutung der kirchlichen Bindung (die sich im regelmäßigen Kirchenbesuch ausdrückt) für das Sexualverhalten sei nicht zu übersehen. „Die Stellungnahme der regelmäßigen Kirchenbesucher kann charakterisiert werden als ein entschiedenes Eintreten für die überkommene Moral und für die gesetzlichen Regulationen im Bereich der zwischengeschlechtlichen Beziehungen, ferner als eine weitaus größere Reserve gegenüber der sich vollziehenden Umwandlung der moralischen Wertung.“ Wenn man die Stellungnahmen der beiden großen Konfessionen miteinander vergleiche, so ergeben sich im allgemeinen wenig Unterschiede. Solche existieren nur, wo die Auffassungen der beiden Kirchen differieren: in der Frage der Ehescheidung und der Empfängnisverhütung. Mit anderen Worten: Der Wert einer richtungweisenden Norm ist für die Beurteilung sexueller Verhaltensweisen nicht zu verkennen.

Aber, so fährt Friedeburg fort, wenn auch die kirchliche Bindung der wichtigste Faktor ist, „so wird doch nirgendwo in den hier vorliegenden Ergebnissen der sich vollziehende Umwandlungsprozeß der moralischen Wertungen und Einstellungen zum Geschlechtsleben deutlicher als gerade bei der Gruppe der kirchlich strenger Gebundenen. Zahlenmäßig ist diese Gruppe durchaus nicht in der Minderheit. Aber gerade weil die kirchlich stärker Gebundenen insgesamt wie keine andere Gruppe an den Leitbildern der überkommenen Moral orientiert sind, muß der Orientierungswandel innerhalb dieser Gruppe selbst als das wichtigste Sympton für den gesamten Umwandlungsprozeß angesehen werden.“

Die Ergebnisse von Friedeburgs zeigen ferner, daß gerade bei der Gruppe der regelmäßigen Kirchenbesucher, und zwar bei ihr allein, Wertung und Verhalten nicht mehr übereinstimmen. Wenn man auch grundsätzlich an der Norm festhält, so verhält man sich doch in der Praxis anders. „Und damit ist in dieser Gruppe, in der die für alle gleichen Verhältnisse am stärksten mit der überkommenen Moralauffassung konfrontiert werden, der Verlauf des Umwandlungsprozesses am deutlichsten zu erkennen.“

Setzt man dieses Ergebnis Friedeburgs mit den oben angeführten Daten der Denkschrift des Bundesministeriums für Familienfragen in Beziehung, dann sieht man sich gezwungen, den Satz Joseph Höffners als

vollgültig anzuerkennen (in „Trierer Theologische Zeitschrift“, Heft 1, 1957, S. 24): „Es muß den Seelsorger mit tiefer Besorgnis erfüllen, daß die meisten katholischen Eheleute die Ehe mißbrauchen und daß viele im Bußsakrament sich nicht mehr darüber anklagen, also vor der Erfüllung eines wichtigen Gottesgebotes massenweise kapitulieren und in eine Gewissenshaltung abgleiten, wie sie etwa vor 200 Jahren in der Bevölkerung Sardinens der Blutrache gegenüber verbreitet war.“

„Esprit Malthusien“

Das deutsche Beispiel steht nicht allein. Sauvy ist der Ansicht, niemand glaube doch wohl im Ernst, daß die Zunahme der Geburtenzahlen in Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg in erster Linie ein Ergebnis des erneuerten französischen Katholizismus gewesen sei; sie sei vielmehr die geplante Folge einer familien- und kinderfreundlichen Sozialpolitik.

Es mag zweifelhaft erscheinen, ob der Pessimismus, den Sauvy in seinem grundlegenden Werk gegenüber der heutigen westlichen Zivilisation und ihrer Verantwortung für die afro-asiatische Welt zum Ausdruck bringt, in diesem Maß berechtigt ist. Sauvy glaubt nämlich nicht daran, daß die westliche Welt den unterentwickelten Völkern ein anderes Rezept zur Bewältigung ihrer demographischen Probleme anzubieten habe als die Empfängnisverhütung, auch wenn sie selbst über den Wert dieser Methode größte Zweifel hätte. Denn, so sagt er, unsere Gesellschaftsordnung als Ganzes ist — im weitesten Sinne des Wortes verstanden — malthusianisch. Er weist das nach bis in die modernen Wortbildungen unserer westlichen Sprachen. Vor allem zeigt er am Beispiel der Wirtschaft, der freien wie der dirigistischen, daß der Geist der westlichen Welt malthusianisch geprägt ist: Sicherheit für alle — die bereits in Sicherheit leben; Wahrung des Bestehenden um jeden Preis; nur nichts ändern, denn das schmerzt. „Der Malthusianer hat häufig für den Augenblick recht, auf weite Sicht gesehen fast nie . . . Er verengt seinen Blick derartig, daß er über einen erbärmlichen begrenzten Vorteil begeistert ist, der für das Gesamt des sozialen Lebens einen vielfältigen Schaden darstellt.“ Der Malthusianer kennt keine schöpferischen Aufgaben, er will sie nicht kennen und sieht sie auch nicht. Er kennt nur den Augenblick und sein augenblickliches Wohlergehen.

Das ist das Resümee Sauvys über die westliche Gesellschaft und Wirtschaft. Er hat es hundertfach belegt.

Wie gesagt, auch wem der Pessimismus Sauvys übertrieben zu sein scheint, der zweifelt wohl nicht daran, daß das hier behandelte Problem nur dann gelöst werden kann, wenn zugleich auch die anderen Mißstände und Fehlhaltungen im wirtschaftlichen und sozialen Leben überwunden werden. Denn „alles ist reziprok. Deswegen können die Krisen des modernen Menschen nur alle zusammen gelöst werden oder überhaupt keine“ (A. Desqueyrat SJ, „La crise religieuse des temps nouveaux“, Paris 1955). Voraussetzung dazu ist freilich eine Reform der Gesinnung.